

Sachdokumentation:

Signatur: DS 4461

Permalink: [www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/4461](http://www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/4461)



### Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

### Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.

### **In die Zukunft investieren statt unnötig den Gürtel enger schnallen!**

**Travail.Suisse lehnt die Entlastungsmassnahmen des Bundesrates ab. Aufgrund der tiefen Schuldenquote ist ausreichend finanzieller Spielraum vorhanden, der für Investitionen und Ausgaben genutzt werden muss, um den Wohlstand auch in Zukunft zu sichern.**

Mit rund 15% des BIP ist die Schuldenquote des Bundes tief und liegt weit unter dem 2005 erreichten Höchststand von fast 25%. Betrachtet man die gesamte öffentliche Hand (Bund, Kantone und Gemeinden), so liegt die Bruttoschuldenquote bei etwas über 30% des BIP und damit deutlich unter dem Höchststand von 2003 mit 50%. Es ist anzumerken, dass die Schweiz mit dieser Quote von 30% die EU-Kriterien von 60% mehr als erfüllt. In der EU lag die durchschnittliche Bruttoschuldenquote im Jahr 2022 bei 97% des BIP.

Diese sehr gute Finanzlage des Bundes und der öffentlichen Hand im Allgemeinen muss genutzt werden, um in grundlegende Zukunftsaufgaben zu investieren (Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben, Forschung und Bildung, Ausbau der öffentlichen Infrastruktur, Abbau von Ungleichheiten, Klimaschutz usw.). Es geht um unseren gegenwärtigen und zukünftigen Wohlstand und unsere Lebensqualität.

Der Bund budgetiert zudem immer noch zu pessimistisch, die Budgetprognosen des Bundes haben in den letzten 20 Jahren die Einnahmen fast immer unterschätzt und die Ausgaben überschätzt. Auch dieses Jahr ist dies wieder der Fall: Erste Hochrechnungen für 2023 zeigen, dass das Defizit nicht 4,8 Milliarden, sondern 1,4 Milliarden betragen wird. Die irreführende Finanzpolitik des Bundes gibt denjenigen Auftrieb, die wollen, dass die Bevölkerung den Gürtel enger schnallt – und dies in einem Umfeld, in dem die Reallöhne sinken und die Krankenkassenprämien in die Höhe schnellen. Und es sind dieselben Leute, die gleichzeitig immer neue Steuererleichterungen für grosse Unternehmen oder Hauseigentümerinnen und -eigentümer fordern.

Deshalb fordert Travail.Suisse:

- Den Verzicht auf Sparprogramme und Akzeptanz leichter Defizite, da die Finanzlage dies zulässt. Damit sollen Kürzungen bei grundlegenden Aufgaben vermieden werden, welche die soziale Sicherheit und die Lebensqualität der Bevölkerung sowie den langfristigen Wohlstand der Schweiz gewährleisten.
- Die Nutzung des vorhandenen finanziellen Spielraums für Ausgaben und Investitionen, die für das Gemeinwohl und die Zukunft von grundlegender Bedeutung sind (Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben, Ausbau der öffentlichen Infrastruktur, Beibehaltung der Wachstumsraten bei den Ausgaben für Bildung und Forschung, massive Investitionen in die Energiewende).
- Den Verzicht auf alle weiteren Steuererleichterungen für Unternehmen, da diese derzeit über hervorragende steuerliche Bedingungen und Standortfaktoren verfügen. Diese Steuererleichterungen müssten von der Allgemeinheit bezahlt werden, die bereits unter den sinkenden Reallöhnen leidet. Stattdessen sollen die durch Vermögen generierten Einkommen stärker besteuert und gleichzeitig die Arbeitseinkommen entlastet werden.
- Die Anpassung der Schuldenbremse, damit strukturelle Überschüsse aufgrund nicht genutzter Kredite nicht systematisch zum Schuldenabbau, sondern für Investitionen verwendet werden.